

Religion im Unterricht Interesse an christlichen Angeboten sinkt

Dem Bestreben der CDU, innerhalb dieser Legislatur den Religions- und Weltanschauungsunterricht zu einem Wahlpflichtfach aufzuwerten, steht ein abnehmendes Interesse am christlichen Religionsunterricht gegenüber. Aktuelle Zahlen der Bildungsverwaltung, die dem Tagesspiegel vorliegen, belegen, dass seit Jahren der Abwärtstrend anhält.

So hat der evangelische Religionsunterricht — trotz wachsender Gesamtschülerzahl in Berlin — seit 2017 etwa 15 Prozent seiner Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingebüßt: Die Summe von damals 85.000 Schülern schrumpfte auf aktuell nur noch 69.000 an öffentlichen und freien Schulen.

Bei den Katholiken ist der Trend noch stärker zu sehen. Sie verloren seit 2017 über 18 Prozent ihrer Schülerinnen und Schüler und landen jetzt bei 20.000 gegenüber 24.500 vor sechs Jahren.

Hingegen steigt das Interesse am Religionsunterricht der Islamischen Föderation. Dieser wird aktuell von knapp 6200 Schülern frequentiert. Das sind 540 mehr als vor zwei Jahren und 1200 mehr als im Jahr 2017.



Religion ist bundesweit ordentliches Unterrichtsfach, nur nicht in Berlin. Wird es Wahlpflichtfach?

Die tatsächliche Nachfrage dürfte viel höher sein, kann aber mangels Lehrkräften nicht befriedigt werden. Sie werden erst allmählich ausgebildet. Ein Teil der religiösen Unterweisung findet in den Koranschulen der Moscheevereine oder im Rahmen des Konsultsunterrichts des türkischen Staates statt.

Die Zahl der Teilnehmenden am jüdischen Religionsunterricht sank seit zwei Jahren von 1110 auf 995 Schüler.

Deutlich steigend ist das Interesse am Lebenskundeunterricht des Humanistischen Verbands. Dieser hat 2023 erstmals den evangelischen Religionsunterricht an der Spitze der Teilnehmerzahlen verdrängt, denn er wird nach Angaben des Verbandes von knapp 72.300 Kindern und Jugendlichen besucht. Das sind 7000 mehr als noch vor fünf Jahren.

Der Großteil des freiwilligen Religions- und Weltanschauungsunterrichts findet in den Grundschulen statt. Die Lehrkräfte werden vom Land bezahlt. Im Kontext eines Wahlpflichtangebots, das die CDU ab 2024/25 und ab der siebten Klassenstufe plant, stünde das neue Fach in Konkurrenz zu den anderen Wahlpflichtfächern wie Astronomie, Informatik und Psychologie. (sve)



Jedes Jahr werden Schülerinnen und Schüler Opfer von Zwangsehen.

Zwangsverheiratung in Berlin Die Angst vor den großen Ferien

Von Frank Bachner

Die Mutter blickt verständnisvoll auf ihre jugendliche Tochter. „Du wirst mal Ärztin“, sagt die Mutter mit Wärme. Ärztin? Der Vater denkt, er hört nicht richtig. Was für eine absurde Idee. „Du wirst heiraten und Hausfrau werden. Wir werden für dich einen lieben und netten Mann finden“, sagt er.

Dass ihre Tochter bereits einen Freund hat, weiß er nicht. Die Mutter schließt er mit dem „Wir“ ohne weitere Diskussion einfach ein. Die Tochter aber sagt: „Ich möchte Sängerin werden.“ Der Vater reagiert nicht.

Ende der Szene im Theaterstück „Mein Herz gehört mir“. 60 bis 70 Schüler haben Anfang Juni in einer großen Schule in Berlin zugehört, sie alle waren gerade mit dem Thema Zwangsheirat konfrontiert. Die Frauenrechts-Organisation „Terre des Femmes“ (TdF) hat das Thema in ihren Schulalltag gebracht.

Vor Sommerferien wird das Thema besonders aktuell

Die Gefahr, zu einer Ehe gezwungen zu werden, ist in manchen migrantischen Communitys virulent ganzjährig da, gewinnt aber vor allem vor den Sommerferien dramatische Aktualität: Viele minderjährige Mädchen tauchen nach den Ferien nicht mehr in der Schule auf, werden stattdessen mit ihren Cousins oder auch teilweise viel älteren Männern verheiratet. Männer, die sie mitunter noch nie zuvor gesehen haben. Die Eltern haben die Ehen arrangiert. Die Kinder wurden nicht gefragt.

„Terre des Femmes“ hat auch in diesem Jahr mit dem Theaterstück und mit Workshops über Frauen- und Mädchenrechte aufgeklärt, über den Umstand, dass man in Deutschland erst mit 18 Jahren heiraten darf, über Beratungsstellen,

Die Akteure

„Terre des Femmes“ wendet sich gegen Menschenrechtsverletzungen, die an Mädchen und Frauen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht begangen werden.

In der Kriseneinrichtung Papatya werden Mädchen und Frauen mit Flucht- und Migrationsgeschichte, die vor ihrer Familie an eine geheime Adresse flüchten müssen, beraten und betreut.

an die sich potenzielle Opfer von Zwangsheirat wenden können. Das alles gebündelt in der sogenannten „Weißen Woche“ – rechtzeitig vor den großen Ferien, die Mitte Juli beginnen.

„Weiße Woche“ dient der Aufklärung

Von 6. bis 9. Juni war „Terre des Femmes“ an vier Schulen, in Marzahn-Hellersdorf, Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg, mehr Details nennt Myria Böhmecke nicht. Sie leitet das Referat „Gewalt im Namen der Ehre“ bei TdF. Sie war selbst vor Ort, zusammen mit drei Kolleginnen sowie mit Vertretern der Polizei, zur gemeinsamen Aufklärung und Beratung.

Rund 20 Workshops und eine Theateraufführung hat „Terre des Femmes“ in der „Weißen Woche 2023“ angeboten, über 400 Personen nahmen teil: Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter.

Ein weiteres Detail erwähnt Myria Böhmecke dann doch noch: Die Schulen wurden zielgerichtet ausgesucht. Dort gab es Bedarf, das wusste der Verein aus vielen Gesprächen. „In einer Schule, in der wir waren, hatte es schon mehrere Polizeieinsätze gegeben, da wurden Schülerinnen direkt von der Schule abgeholt, weil sie fliehen wollten“, sagt sie. Auf jede der vier Schulen war TdF selbst zugegangen. „Das Problem ist groß, das bekommen wir an den Schulen mit“, sagt Myria Böhmecke.

Auch Jungen und Männer sind betroffen

Bei einer anonymen, bundesweiten, jedoch nicht-repräsentativen Online-Umfrage unter Lehrern und Sozialarbeitern im vergangenen Jahr hatten die Befragten 1847 Fälle (inklusive Verdachtsfällen) von angedrohter und vollendeter

Zwangsheirat unter den Schülern genannt. Neuere Zahlen gibt es noch nicht, der Arbeitskreis Zwangsverheiratung in Berlin wertet Daten aller Betroffener – nicht bloß von Schülerinnen, denn auch Jungen und Männer sind betroffen – noch aus. Die Ergebnisse werden voraussichtlich im August veröffentlicht.

Eine Umfrage des Arbeitskreises – unterstützt von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Gleichstellung und unter Federführung des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg – hatte 2018 ergeben, dass 83 Prozent der Betroffenen einen muslimischen Hintergrund hatten.

Für die Hilfsorganisation Papatya, die sich intensiv um Opfer von Zwangsehen kümmert, steht eine erzwungene Ehe „im Kontext weiterer Formen familiärer Gewalt und Kontrolle“. 2022 hatte Papatya in Berlin rund 480 Betroffene betreut.

In jedem vierten Fall geht es um Verschleppung

„In der Beratung ist etwa ein Drittel von drohender oder vollzogener Zwangsverheiratung betroffen, in der Kriseneinrichtung deutlich mehr als die Hälfte. In über 90 Prozent aller Fälle melden sich Betroffene vor der erfolgten Eheschließung“, sagt eine leitende Mitarbeiterin von Papatya dem Tagesspiegel. In etwa 25 Prozent der Fälle gehe es um eine drohende oder erfolgte Verschleppung.

Zur Prävention gehört auch, dass im Theaterstück „Mein Herz gehört mir“ das Ende einer Szene bewusst offengelassen ist, die Schüler sollen selbst Lösungen vorschlagen. Im Fall des Mädchens, das Sängerin werden möchte, schlug ein Junge vor, der Freund der Tochter solle den Eltern erklären, dass er seine Freundin heira-

480

Fälle hat der Verein Papatya in Berlin betreut.



Wer entscheidet. Eine Plakatkampagne der Menschenrechtsorganisation Terre des Femmes.

ten wolle. Ein anderer sagte, eine Familie müsse respektieren, was das Mädchen wolle. Aber es meldete sich auch eine Schülerin, die erklärte: „Ich bin verwundert, dass die Tochter verwundert ist. Es ist doch normal, dass ihre Eltern den Mann für sie aufsuchen.“

Erschreckend? Ja. Wenn es dabei geblieben wäre. Aber das Ganze ging weiter. „Später“, sagt Myria Böhmecke hörbar zufrieden, „hat dieses Mädchen uns sehr differenziert gefragt, was man tun muss, wenn man ins Ausland verschleppt werden soll“.

Das Mädchen hat einen Denkanstoß erhalten, es hat sich mit dem Thema auseinandergesetzt. Genau diesen Impuls will „Terre des Femmes“ mit der „Weißen Woche“ setzen.

Und in zwei Fällen hatte der Impuls sofort starke Wirkung. „Ein Mädchen hat sich nach einem Workshop direkt an den anwesenden Polizisten gewandt“, sagt Myria Böhmecke, „ein anderes Mädchen hat sofort eine Sozialarbeiterin angesprochen.“ Die Referatsleiterin geht davon aus, dass sich bis zu den Sommerferien weitere Mädchen an Vertrauenspersonen wenden werden.

Potenzielle Opfer werden von Brüdern kontrolliert

Oft wird Widerstand gegen Zwangsehen aber auch auf besondere Weise gebrochen, selbst wenn ein Mädchen einen Ausweg sucht. „Wir machen auch das Angebot, dass wir vor Ort mithilfe einer externen Beraterin aufklären“, sagt Myria Böhmecke, „aber das wird nicht oft angenommen, weil die soziale Kontrolle enorm ist. Die Mädchen haben oft ältere Brüder auf derselben Schule, und die beobachten sehr genau, was ihre Schwester macht.“ Wenn nach einem Workshop ein Mädchen plötzlich in einer Stunde fehle, „dann wissen die Brüder ganz genau, was los ist“.

Lehrkräfte erzählten den TdF-Mitarbeiterinnen zudem, dass Familienmitglieder Mädchen direkt nach der Schule abholten, um sie unter Kontrolle zu haben. „Terre des Femmes“ betont deshalb, wie wichtig es sei, dass Beratung an geschützten Stellen stattfinde.

Die leitende Papatya-Mitarbeiterin erklärt, dass sich „generell sagen lässt, dass 2021 und 2022 Betroffene mit arabischer Migrationsgeschichte die größte Gruppe in der Beratung und in der Kriseneinrichtung ausmachen“. Das bezieht sich aber auf die gesamte Beratung, es betrifft also nicht nur

„

Das Problem ist groß, das bekommen wir an den Schulen mit.

Myria Böhmecke von der Frauenrechtsorganisation „Terre des Femmes“

Schulkinder.

„Insgesamt waren rund 35 Prozent der Ratsuchenden minderjährig“, sagt die Mitarbeiterin. „Hier sind alle Länder der arabischen Welt vertreten, angeführt von den nordarabischen Ländern Syrien, Irak, Libanon. Betroffene mit türkischer Migrationsgeschichte machen in der Beratung immer noch die zweitgrößte Gruppe – etwa 15 Prozent der Anfragen in beiden Jahren – aus.“

Erst zwangsverheiratet, dann ermordet: Hatun Sürücü

Aus der Türkei stammten auch die Eltern von Hatun Sürücü, die 2005 mit 23 Jahren von einem ihrer Brüder erschossen worden war. Zur Vorgeschichte dieser Tat gehörte eine Zwangsverheiratung: Sürücü hatte das Robert-Koch-Gymnasium in Kreuzberg besucht, musste es auf Geheiß ihres Vaters, so wurde damals berichtet, verlassen, mit 16 Jahren in der Türkei ihren Cousin heiraten, von dem sie einen Sohn bekam.

Mit 17 verließ sie ihren Mann, kam mit ihrem Sohn nach Berlin zurück und wurde sechs Jahre später ermordet, weil sie nicht so leben wollte, wie ihre Familie es von ihr verlangte, um der Familie „Ehre“ zu machen.

Kurz darauf wurde das Fach „Ethik“ in Berlin eingeführt – in der Hoffnung und Erwartung, dass das der Rahmen sei, in dem Lehrkräfte über Themen wie Selbstbestimmung reden könnten. Denn nach dem Tod Sürücüs hatten sich Berichte über Schülerinnen und Schüler gehäuft, die den „Mord im



Auch die 2005 von ihrem Bruder ermordete 23-jährige Hatun Sürücü war 16-jährig Opfer einer Zwangsehe.

Namen der Ehre“ gerechtfertigt hätten.

Ungeachtet des Ethikunterrichts, der von Klasse 7 bis 10 Pflicht ist, stößt „Terre des Femmes“ immer wieder auf Lehrerinnen und Lehrer, die sich mehr Unterstützung wünschen, wenn sie mit dem Thema konfrontiert werden. Oder zumindest mehr proaktive Aufklärung. „Eine Lehrerin war regelrecht verzweifelt, als wir an ihrer Schule waren“, sagt Myria Böhmecke.

An dieser Lehranstalt hatte die Polizei bereits mehrfach Schülerinnen sofort mitgenommen, um sie vor ihren Eltern in Sicherheit zu bringen. „Die Lehrerin sagte: ‚Es weiß doch jeder, dass es diese Zwangsehen gibt, und niemand tut etwas dagegen‘“, erklärt Myria Böhmecke. Diese Pädagogin wünsche sich mehr präventive Beratung.

Für eine ganzjährige Beratung fehlt das Geld

„Terre des Femmes“ stünde bereit. „Wir könnten das ganze Jahr über an Schulen Präventionsarbeit anbieten“, sagt Myria Böhmecke, „aber wir haben gar nicht personelle Kapazitäten und finanzielle Möglichkeiten, um so etwas zu leisten.“ Die Jugendämter, die sich im Akutfall um gefährdete Mädchen kümmern müssen, seien personell völlig überfordert.

Die Senatsverwaltung für Bildung kennt das Problem. Sie hat den Schulen Unterlagen bereitgestellt, in denen aufgeführt ist, wie sie in solchen Fällen vorgehen sollen, und sie hat auch eine Liste der Beratungsstellen geliefert, die sich um potenziell Betroffene von Zwangsehen kümmern. Martin Klesmann, der Sprecher der Bildungsverwaltung, verweist auf die Aussage einer Neuköllner Lehrerin, die ausdrücklich betone, sie fühle sich ausreichend unterstützt.

Zu den Hilfseinrichtungen gehört auch die Online-Beratung Sibel, die an Papatya angebunden ist und die niederschwellig nicht nur Betroffene, sondern auch Unterstützerinnen und Unterstützer sowie professionelle Kräfte berät. „Grundsätzlich ist Zwangsverheiratung ein eigenständiger Straftatbestand. Insofern wird in vorhandenen Broschüren auf Beratungsangebote, aber auch auf Krisendienste Kinderschutz der Berliner Jugendämter und auf die Polizeidirektionen verwiesen“, sagt Klesmann.

Thema Zwangsverheiratung kommt in den Notfallplan

Es sei beabsichtigt, „in den überarbeiteten Notfall- und Krisenplänen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie das Thema ‚Zwangsverheiratung‘ aufzunehmen, um die Handlungssicherheit an den Schulen weiter zu erhöhen“, kündigt der Sprecher an.

Das ist offenbar auch nötig. Die Leiterin einer Brennpunktschule sagt: „Ich habe das Gefühl, dass es immer schlimmer wird.“ In ihrer Schule habe sie jährlich zwei, drei Fälle minderjähriger Schülerinnen, die nach den Sommerferien plötzlich nicht mehr erschienen, mutmaßlich also Opfer von Zwangsehen würden. „Das Problem“, sagt die Pädagogin, „ist, dass wir von diesen Fällen erst im Nachhinein davon erfahren – vorher ist niemand zu uns gekommen.“

In Kürze

SPECIAL OLYMPICS

Berliner Schulen engagiert

Berlins Schulen engagieren sich bei den am Sonnabend gestarteten Special Olympics. Unter den 7000 Athlet:innen mit geistiger und mehrfacher Behinderung aus 180 Ländern ist laut der Bildungsverwaltung auch Tennis-Para-Athletin Samantha Eckert von der Jugendschule Alt-Heiligensee. Darüber hinaus beteiligen sich Schüler:innen als freiwillige Helfer. Besonders involviert ist die Schule am Pappelhof, die ein Team aus England betreut und am Freitag ihre eigenen Special Olympics organisierte. Die Berufliche Schule für Sozialwesen in Pankow ist mit 700 Personen, die August-Sander-Berufsschule mit mehreren Klassen im Einsatz. Insgesamt sind 466 Gruppen von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie 42 Gruppen von Förderschulen als Volunteers dabei. (sve)

VERTRAG VORERST VERLÄNGERT

Hallenbad bleibt 2024 offen

Der Weiterbetrieb des Schwimmbads am Teltower Damm ist für 2024 gesichert. Das teilte Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) im Abgeordnetenhaus am Donnerstag mit. Dem Badbetreiber war, wie berichtet, zuvor für Ende 2023 gekündigt worden. Sie wolle mit dem Bezirk nach einem anderen Standort für die dringend benötigte Mensa der John-F.-Kennedy-Schule suchen, kündigte die Senatorin an. Auf Nachfrage des Abgeordneten und CDU-Kreisvorsitzenden Stephan Standfuß sagte sie, das Therapiebad solle „auf jeden Fall während der Bedarfsplanung geöffnet bleiben. Da reden wir mindestens von einem Jahr, wenn nicht sogar noch von länger, bis die gesamten Planungen abgeschlossen sind.“ (bob)



Die beliebte Halle in Zehlendorf.

LEHRERVERBAND

Neuer Präsident gewählt

Der bayerische Gymnasialleiter Stefan Düll ist in Berlin zum neuen Präsidenten des Deutschen Lehrerverbands (DL) gewählt worden. Das teilte der bayerische Philologenverband am Freitag mit. Düll engagiert sich seit vielen Jahren im Bayerischen und Deutschen Philologenverband, hieß es. Er folgt dem langjährigen Präsidenten Heinz-Peter Meidinger. Der 58-jährige Düll ist Gymnasiallehrer für die Fächer Deutsch, Geschichte und Englisch und seit Juli 2014 Schulleiter und Seminarvorstand am Justus-von-Liebig-Gymnasium in Neusäß. Er war zudem jahrelang Bezirksvorsitzender des Bayerischen Philologenverbands in Schwaben. Das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Philologenverbands bekleidet er seit Ende 2021. (sve)